Unter Verweis auf die Verwaltungsvorlage stellte Herr Grünhage eingangs klar, der Ausschuss möge den letzten Satz, wonach eine Beschlussfassung durch den Ausschuss entbehrlich sei, ignorieren. Ein Beschluss sei aus formalen Gründen zwingend erforderlich.

Hiernach meldete sich KTM Mazur-Flöer zu Wort, die äußerte, in der Vorlage seien Personengruppen gelistet, die bereits Unterstützung bei der Schuldnerberatung erhalten. Insofern erwecke der Antrag bei ihr den Eindruck, als würde es sich um eine doppelte Angebotsstruktur handeln.

Herr Grünhage erklärte, er müsse diesbezüglich selbst in die Auslegung des Antrages gehen. Grundsätzlich berate der SKM im Auftrag des Rhein-Sieg-Kreises Personengruppen, die die Voraussetzungen des § 16a SGB II erfüllen. Er nehme an, der SKM wolle auch jene Personengruppen beraten, die hiernach keinen Anspruch haben und somit nicht über den gesetzlichen Rahmen abgedeckt wären. Er bestätigte, dass die Personengruppen, um die der Berechtigtenkreis erweitert werden solle, grundsätzlich förderfähig seien und die Schuldnerberatungsstellen bei Vorlage eines Berechtigungsscheins in Anspruch nehmen können. Insofern gebe er ihr Recht, dass somit zwei Töpfe existieren würden, über die Betroffene Unterstützung erfahren könnten.

KTM Haacke äußerte, er verstehe den Antrag so, dass die Informations- bzw. Beratungswege nicht optimal seien, sodass für die genannten Personengruppen nicht ausreichend Berechtigungsscheine seitens des Jobcenters ausgestellt werden. Gerade bei dem Thema „Überschuldung“ sei es wichtig, die Schuldnerberatungsstellen frühzeitig einzuschalten. In diesem Kontext sicherte Herr Grünhage zu, die Verwaltung werde das Jobcenter auf die Problematik hinweisen.

Abschließend resümierte KTM Haacke, die aufgeführten Personengruppen haben grundsätzlich einen Anspruch auf einen Berechtigungsschein, mit dem sie eine Schuldnerberatung kostenfrei in Anspruch nehmen können. Ein finanzieller Mehrbedarf sei nicht gegeben, sodass er vorschlug, den Antrag abzulehnen. Gleichwohl bat er die Verwaltung zu prüfen, wie das Fallmanagement optimiert werden könne und hierzu Kontakt zum Jobcenter aufzunehmen.

Im Folgenden ließ die Vorsitzende über den Antrag abstimmen: